

Mittelstand in Europa

(K)eine Chance?

Europa - Chance oder Hürde für den Mittelstand? Für Hartmut Nassauer, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist die Europäische Union mit ihrem einheitlichen Binnenmarkt wirtschaftlich eine Erfolgsgeschichte. Im Gegensatz dazu versteht Alwin Altrichter, Sprecher des Netzwerks Mittelstand der IHK Kassel, Europa als „Einschränkung der Freiheit des Mittelstandes“.

Das Abwägen des Für und Wider Europas für den Mittelstand war Gegenstand des Gedankenaustausches zwischen Unternehmern des „Netzwerks Mittelstand“ der IHK Kassel sowie des Wirtschaftsclubs Kassel sowie Hartmut Nassauer, Abgeordneter des Europäischen Parlaments für Nord- und Mittelhessen.

Kampf gegen Bürokratieflut

Altrichter verdeutlichte die Probleme und Sorgen des Mittelstands: Auf der einen Seite habe der Mittelstand besonders mit der Bürokratieflut, die durch Europa entstanden sei, in verstärktem Maße zu kämpfen. Auf der anderen Seite herrsche Informationsmangel in den Medien über bevorstehende Gesetze. Die Auswirkungen mancher juristischer Regelwerke, besonders des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), sei speziell für die kleinen Mittelständler katastrophal: „Wir brauchen Freiheit und kriegen immer mehr Knüppel zwischen die Beine.“ Die Belastung durch das AGG unterstrich auch Alexander Hassenpflug. Selbst er als Jurist sei auf die interne Hilfe seines Kollegen im Fachgebiet Arbeitsrecht angewiesen, um eine Stelle korrekt auszusprechen zu können.

Nassauer sieht die wachsende Belastung des Mittelstandes ähnlich. Seine Fraktion dränge die Europäische Kommission daher nachhaltig, die Ankündigungen zum Bürokratieabbau auch einzuhalten. Im Übrigen könn-



Hartmut Nassauer (rechts), Mitglied des Europäischen Parlaments, diskutierte das Für und Wider Europas beim Unternehmerfrühstück. Links im Bild Dr. Michael Raschbichler. (Foto: Nowak)

ten Europäische Gesetze nur mit Zustimmung des Rates erfolgen. So wurde das AGG aktiv von der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Rat unterstützt und dank des großen Koalitionspartners in Deutschland sogar schärfer umgesetzt als es von „Brüssel“ vorgeschrieben war.

Nassauer rief die Unternehmer zu frühzeitigem Handeln auf. Information und Einflussnahme auf Gesetzgebungsvorhaben könne man über die IHKs oder nationale oder europäische Verbände sicherstellen. Die Informationen zu Gesetzesvorschlägen seien heutzutage alle im Internet verfügbar. Altrichter sprach außerdem Betriebsverlagerungen aus Deutschland in die neuen EU-Mitgliedstaaten an.

Diese würden zunehmend durch EU-Subventionen gefördert. Ulrich Spengler fügte an: „Ungleiche Subventionen sind nicht nachvollziehbar und führen zur Verschiebungen.“ Nas-

sauer bestätigte, dass die Union Mitgliedstaaten mit einem besonders niedrigen Bruttosozialprodukt durch Strukturmittel fördere, um die Einkommensunterschiede innerhalb der EU zu verringern. Die Kriterien für diese so genannten „Ziel1-Mittel“ erfüllen die fünf neuen Bundesländer und die neuen EU-Mitgliedstaaten. Unternehmensverlagerungen würden durch die EU nicht gefördert. Unternehmen, denen ein Zusammenhang zwischen Betriebsverlagerung und EU-Förderung nachgewiesen werden könne, müssten die Fördergelder zurückerzahlen. Die Kontrolle der Vergabe der Fördergelder sollte jedoch noch verstärkt werden.

Die engagierte Diskussion machte deutlich, dass Europa sowohl Chance als auch Hürde ist. Der Mittelstand muss in seiner besonderen Rolle im Vorfeld auf sich aufmerksam machen, um die europäische Zukunft mit gestalten zu können. www.mittelstand-kassel.de

Justine Nowak ■